

Stadt wartet auf Vorgaben des Kreises

Ausschuss für Jugend, Bildung und Soziales befasst sich mit Kindertagesstätten und deren Zukunft

Zahlreiche Eltern des Kindergartens Naturkinderwerkstatt verfolgten die Sitzung.

Norden/mm - Die Stadt Norden reicht die Anträge der Kreisvolkshochschule und der Naturkinderwerkstatt zur Feststellung des Bedarfs ihrer Kindertageseinrichtungen zuständigkeithalber an das Jugendamt des Landkreises Aurich weiter. Der Landkreis wird gebeten, die in den beiden Einrichtungen tatsächlich besetzten rechtsanspruchfähigen Plätze mit 600 Büro pro Jahr rückwirkend für 2006 an die beiden Träger auszu zahlen. Diesen Beschluss hat der Ausschuss für Jugend, Bildung und Soziales der Stadt Norden am Mittwochabend einstimmig getroffen. Er tagte unter der Leitung von Julia Feldmann (SPD) in der Mensa der Hauptschule Wildbahn. Diesem Beschluss war eine betont sachliche Debatte vorausgegangen, die von zahlreichen Zuschauern verfolgt wurde.

Die Verwaltung stellte fest, dass die Stadt keine Berechtigung besitze, die Kindertagesstätten (Kitas) der Kreisvolkshochschule und der Naturkinderwerkstatt in den städtischen Bedarfsplan aufzunehmen, da sie nicht über die gesetzliche Zuständigkeit verfüge. Die inhaltlichen und räumlichen Angebote beider Kitas würden über die Vereinbarungen zwischen Landkreis und Stadt Norden hinausgehen. Dem Landkreis stehe es frei, diese weitergehenden und überörtlichen Angebote zu fördern. Wie Bürgermeisterin Barbara Schlag mitteilte, habe Kreisrat Harm-Uwe Weber kurz vor der Sitzung telefonisch die finanzielle Unterstützung beider Einrichtungen in Höhe von 600 Büro pro Jahr und Platz durch den Landkreis zugesichert.

Die Förderung und Betreuung der Kinder in den Kitas ist die Aufgabe des Landkreises, die er jedoch an die Kommunen delegiert hat. An den Kosten beteiligt sich der Landkreis mit knapp 300000 Euro, während die Stadt Norden rund 1,3

Millionen Euro für den vertraglich vereinbarten Betrieb der vier städtischen Kitas sowie an die sechs freien Träger zahlen muss. Weil die Leistungen in den Kitas von KVHS- und Naturkinderwerkstatt über den vertraglichen Vereinbarungen lägen, die Stadt die Kreis-Aufgabe schon mit 1,3 Millionen bezuschusse und der Kreis ohnehin zuständig sei, sei Norden der falsche Adressat für die beiden Anträge auf Aufnahme in den städtischen Bedarfsplan.

Für die Naturkinderwerkstatt kritisierte die Vorsitzende Hedda Müller-Osterthun aus Marienhafte den mangelhaften Informationsfluss aus dem Rathaus. Wären die Verantwortlichen ausreichend in Kenntnis gesetzt worden, hätte sich der Vorstand der Natur-Kinderwerkstatt viel intensiver an den Landkreis wenden können. So sei viel Zeit verloren gegangen.

Nils Willamowski (Grüne) plädierte für eine Bezuschussung beider Einrichtungen aus Stadtmitteln. Ein paar tausend Euro Mehrausgaben würden bei einem ohnehin zu zahlenden Zuschuss von 1,3 Millionen Euro nicht ins Gewicht fallen, zumal der Bedarf da sei, sagte er. Der Grüne und Amanda Wilts-Rocker (SPD) zweifelten die von Hans-Georg Rahmann (Stadtverwaltung) vorgestellten Bedarfszahlen der Kita-Plätze in Norden an. Rahmann sagte, dass sich die Stadt an den tatsächlichen Anmeldungen orientiere. „Wir erfüllen den gesetzlichen Anspruch. Jedes Kind ab drei Jahren bekommt in Norden einen Platz im Kindergarten.“

Der Landkreis Aurich sei jetzt gefordert, die inzwischen neuen gesetzlichen Grundlagen - unter anderem Betreuung von Kindern unter drei Jahren, Ganztagsbetreuung, Betreuung durch Tagesmütter - für sich und die Einrichtungen zu definieren. Er sollte das, so die Ausschussmitglieder, möglichst zügig tun (bis April), damit die neuen Anforderungen schon ab dem neuen Kindergartenjahr (1. August) berücksichtigt und in die neu abzuschließenden Vereinbarungen zwischen Kreis und

Kommunen fixiert werden könnten. Habe der Landkreis seine Vorstellung zur Kita-Arbeit konkretisiert, werde die Stadt Norden zur Umsetzung dieser Pläne mit allen Anbietern Gespräche führen - mit den vier städtischen, sechs freien und möglichen weiteren Kita-Trägern wie Kreisvolkshochschule und Naturkinderwerkstatt. Und dann müsse politisch entschieden werden, welche Einrichtung mit welchen inhaltlichen Konzepten und unter Wahrung der finanziellen Voraussetzungen die Kindergartenarbeit übernehmen soll.

Dieter Hülsebus, der als Vertreter der Kreis-Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrts-pflege beratendes Ausschussmitglied ist, forderte, die Stadt solle ihre Wünsche nach einem breit gefächerten Angebot mit flexibler Gestaltung gegenüber dem Landkreis formulieren. Er stieß damit eine Diskussion um die Qualität der Kitas an. „Wenn wir Geld hätten, würden wir sofort in Jugend und Bildung investieren. Wer sollte dagegen sein?“, fragte Schlag. Mit derartigen Definitionen würden allerdings Wundertüten ohne finanzielle Absicherung aufgemacht. Bei Kita-Konzeptionen gelte es, zwischen Idealvorstellungen, gesetzlichen Ansprüchen und finanziellen Gegebenheiten auszuloten.

Das Konzept der Kitas von KVHS und Naturkinderwerkstatt sei überzeugend, läge aber über den noch gültigen und mit dem Landkreis vereinbarten Erfordernissen, stellte Herta Lütkehus (ZoB) fest. Sie verwies auf die bestehenden Verträge. Sollten sie im nächsten Jahr geändert werden, würden die Karten neu gemischt. Awo-Geschäftsführer Omar Ramy führte an, dass der Awo-Kindergarten sein Angebot sofort problemlos erweitern könne. „Was die beiden Kitas anbieten, können wir auch. Wir müssen uns jedoch in dem vereinbarten Vertragsrahmen bewegen.“ KVHS und Naturkinderwerkstatt hätten den zweiten Schritt vor dem ersten gemacht, so Ramy.